

Geschäftsbericht des Verwaltungs- und Versicherungsgerichts des Kantons Bern = Rapport de gestion du Tribunal administratif et des assurances du canton de Berne

Autor(en): **Bosshart / Wicht**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport
sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...**

Band (Jahr): - **(1984)**

PDF erstellt am: **10.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-418019>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Geschäftsbericht des Verwaltungs- und Versicherungsgerichts des Kantons Bern

Rapport de gestion du Tribunal administratif et des assurances du canton de Berne

1. Gesamtgericht

1.1 Am 18. Mai 1984 wählte der Grosse Rat Fürsprecher Walter Messerli, Gerichtspräsident, Matten bei Interlaken, und Fürsprecher Rudolf Schenk, Gerichtspräsident, Trachselwald, zu nebenamtlichen Verwaltungsrichtern anstelle der auf den 1. Juli 1984 zurückgetretenen André Mischler und Notar Manfred Schläppi. Am 5. September 1984 wählte der Grosse Rat Fürsprecher François Boillat, Moutier, zum nebenamtlichen Verwaltungsrichter in Nachfolge des verstorbenen Maurice Brahier.

Am 15. Februar 1984 sodann wählte der Grosse Rat Fürsprecher Peter Huber, Bern, und Fritz Löffel, Gemeindeschreiber in Müntschemier, zu nebenamtlichen Versicherungsrichtern für die zurückgetretenen Mitglieder des Versicherungsgerichts, Fürsprecherin Bettina Steinlin und Arthur Juillerat. Des weitern wählte der Grosse Rat am 14. November 1984 Hans Zimmermann, Landwirt in Oberthal, zum nebenamtlichen Versicherungsrichter mit Amtsantritt am 1. Januar 1985. Er ersetzt den zurückgetretenen Hans Schneider.

Schliesslich trat Ende November 1984 Willy Wälchli als nebenamtlicher Versicherungsrichter mit sofortiger Wirkung zurück. Zu seinem Nachfolger bestimmte der Grosse Rat Ernst Schaad, Postverwalter, Oberbipp.

1.2 Das Gesamtgericht wählte am 13. November anstelle des auf den 30. November 1984 zurückgetretenen Fürsprechers Dr. K. Fahrländer zum neuen Kammereschreiber am Verwaltungsgericht Fürsprecher Dr. Francesco Bertossa. Da dieser sein Amt erst am 30. September 1985 antreten kann, wurde die Stelle interimistisch mit Fürsprecher Frank Seethaler besetzt. Am selben Tag wurde schliesslich Fürsprecher Robert Burkhard zum neuen Kammereschreiber am Versicherungsgericht gewählt. Er trat am 1. Januar 1985 sein Amt an.

1.3 Gegen Ende des Berichtsjahres unterbreitete die Justizdirektion dem Gesamtgericht einen Entwurf für eine Totalrevision des «Dekrets betreffend die Taggelder und Reiseentschädigungen in der Gerichts- und Justizverwaltung». Das Gericht hielt in seiner Stellungnahme fest, die vorgesehene Regelung beruhe auf einer überholten Konzeption, wonach die nebenamtlichen Richter des Verwaltungs- und Versicherungsgerichts gleich zu behandeln seien wie die Ersatzmitglieder des Obergerichts und die Handelsrichter. Indes trägt diese Gleichstellung der tatsächlichen Beanspruchung der nebenamtlichen Richter am Verwaltungs- und Versicherungsgericht, die schriftliche Referate zu oft komplexen Fällen abliefern müssen,

1. Tribunal plénier

1.1 Le Grand Conseil a élu le 18 mai 1984 MM. Walter Messerli, avocat et président de tribunal, Matten bei Interlaken, et Rudolf Schenk, avocat et président de tribunal, Trachselwald, juges non permanents au Tribunal administratif, en remplacement de MM. André Mischler et Manfred Schläppi, démissionnaires pour le 1^{er} juillet 1984. Le 5 septembre 1984, le Grand Conseil a élu M. François Boillat, avocat, Moutier, juge non permanent au Tribunal administratif en remplacement de M. Maurice Brahier, décédé.

Le 15 février 1984, le Grand Conseil a élu MM. Peter Huber, avocat, Berne, et Fritz Löffel, secrétaire communal, Müntschemier, juges non permanents au Tribunal des assurances, en remplacement de M^{me} Bettina Steinlin et M. Arthur Juillerat, démissionnaires. Le 14 novembre 1984, le Grand Conseil a élu M. Hans Zimmermann, agriculteur, Oberthal, juge non permanent au Tribunal des assurances, avec entrée en fonction le 1^{er} janvier 1985, en remplacement de M. Hans Schneider, démissionnaire.

A fin novembre 1984, M. Willy Wälchli, juge non permanent au Tribunal des assurances, a démissionné avec effet immédiat. Le Grand Conseil lui a désigné un successeur en la personne de M. Ernst Schaad, buraliste postal, Oberbipp.

1.2 Le Tribunal administratif et des assurances a élu le 13 novembre 1984 M. Francesco Bertossa, avocat, comme greffier de chambre au Tribunal administratif, en remplacement de M. Fahrländer, démissionnaire pour le 30 novembre 1984. M. Bertossa ne pouvant entrer en fonction qu'en septembre 1985, M. Frank Seethaler, avocat, a été nommé pour le remplacer dans l'intervalle. Le même jour, il a élu un nouveau greffier de chambre au Tribunal des assurances en la personne de M. Robert Burkhard, avocat, entré en fonction le 1^{er} janvier 1985.

1.3 En fin d'exercice, la Direction de la justice a soumis à l'examen du Tribunal administratif et des assurances un projet de révision totale du «Décret concernant les indemnités journalières et de déplacement dans l'administration de la justice et des tribunaux». Dans ses observations, le Tribunal a relevé que la réglementation prévue était fondée sur une conception dépassée, selon laquelle les juges non permanents du Tribunal administratif et des assurances devaient être traités comme les suppléants à la Cour suprême et les juges des tribunaux du commerce. Or, cette équivalence ne tient pas assez compte de l'activité effective déployée par les juges non permanents du Tribunal administratif et des assurances, qui doivent présenter

ungenügend Rechnung. Das Gesamtgericht hat deshalb für seine nebenamtlichen Richter gegenüber der im Entwurf zur Dekretsrevision vorgesehenen eine abweichende (den tatsächlichen Verhältnissen besser Rechnung tragende) Regelung vorgeschlagen.

2. Verwaltungsgericht

2.1. Im Berichtsjahr sind 202 neue Geschäfte eingegangen. Das bedeutet gegenüber dem vorläufigen Höchststand der Neueingänge im Vorjahr eine neuerliche Zunahme um knapp fünf Prozent. Zwölf neue Geschäfte entfielen auf den Berner Jura (im Vorjahr 7). Besonders auffällig ist die Zunahme der Streitigkeiten aus dem Gebiet des Steuerrechts. Sie beträgt bei den Beschwerden betreffend die Staats- und Gemeindesteuern (Ziff. 2.1. der Statistik) nicht weniger als 100 Prozent (46 Neueingänge gegenüber 23 im Jahre 1983) und bei den Beschwerden betreffend die Erbschafts- und Schenkungssteuern 87,5 Prozent (15 statt 8). Die Gründe für diese starke Zunahme sind nicht leicht zu erkennen. Immerhin betraf eine ganze Reihe von steuerrechtlichen Streitigkeiten grundsätzliche Rechtsfragen aus dem Fiskalrecht, und in mehreren Fällen standen überdurchschnittlich hohe Streitwerte auf dem Spiel. Die Kantonale Steuerverwaltung erhob sechsmal Verwaltungsgerichtsbeschwerde und obsiegte in der Mehrzahl dieser Fälle. Leicht abgenommen haben die Direktprozesse betreffend Erschliessungskosten (19 gegenüber 23 im Vorjahr) und die Streitigkeiten aus dem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis (8 statt 10). Die unter Ziffer 3.1 der Statistik figurierenden Streitigkeiten erfordern jedoch regelmässig eine aufwendige Prozessinstruktion; bei den Prozessen betreffend Erschliessungskosten, die durch Klage des Gemeinwesens angehoben werden, figurieren auf der Beklagtenseite nicht selten sechs und mehr Grundeigentümer, deren Einwendungen und Vorbringen sich in der Regel keineswegs decken. Die Neueingänge unter Ziffer 3.2 der Statistik (Beschwerden gegen letztinstanzliche Verwaltungsentscheide) haben – absolut gesehen – nicht unerheblich abgenommen. Diese Erscheinung ist in erster Linie auf einen starken Rückgang bei den Beschwerden betreffend die Anwendung des neuen Gastwirtschaftsgesetzes zurückzuführen (9 statt 23 im Vorjahr).

Die baurechtlichen Beschwerdeverfahren hielten sich ungefähr auf dem Stand des Vorjahres (35 statt 39), betrafen aber in der Mehrzahl rechtlich komplexe Streitigkeiten aus dem kantonalen und eidgenössischen Raumplanungsrecht mit teilweise erheblicher Publizität. Fünf Beschwerden betrafen forstliche Näherbaubewilligungen. Die Anwendung des Stipendiengesetzes durch die Kantonale Rekurskommission für Ausbildungsbeiträge gab ebenfalls Anlass zu fünf Beschwerdeverfahren. Die Neueingänge gemäss Ziffer 3.3 der Statistik (Beschwerden und Weiterziehungen gegen Entscheide der Regierungsstatthalter) veränderten sich gegenüber dem Vorjahr kaum (24 gegenüber 26 im Jahre 1983). Im Vordergrund standen erneut die Prozesse betreffend Gebühren aller Art und baurechtliche Wiederherstellungsverfügungen. Die Beschwerden gegen Entscheide der Kantonalen Bodenverbesserungskommission (Ziff. 3.4) fielen zahlenmässig wiederum nicht stark ins Gewicht (3 statt 1), erforderten jedoch wie üblich eine verhältnismässig aufwendige Instruktion. Abgenommen hat demgegenüber die Zahl der enteignungsrechtlichen Streitigkeiten (Ziff. 3.5; 6 statt 10). Hier liegt das Schwergewicht erstmals seit langer Zeit wieder bei den Prozessen zu Fragen der formellen Enteignung, was offensichtlich auf die strenge bundesgerichtliche Praxis zur materiellen Enteignung zurückzuführen ist – eine Erscheinung, die sich bereits im Vorjahr angekündigt hatte. Insgesamt ist festzuhalten, dass sich die Neu-

des rapports écrits sur des affaires souvent complexes. Dès lors, le Tribunal administratif et des assurances a proposé, pour ses juges non permanents, un régime différent (tenant mieux compte des conditions effectives) de celui qui était prévu dans le projet de révision du décret.

2. Tribunal administratif

2.1 202 nouveaux cas ont été introduits en 1984. Par rapport au record de l'année dernière, les nouvelles affaires ont à nouveau accusé une augmentation de plus de cinq pour cent. Douze nouveaux cas proviennent du Jura bernois (7 l'année précédente). L'augmentation des litiges en matière fiscale est particulièrement prononcée. Elle s'élève à 100 pour cent (46 nouveaux cas contre 23 l'année précédente) pour ce qui concerne les recours relatifs aux impôts cantonaux et communaux (ch. 2.1 de la statistique) et à 87,5 pour cent pour ce qui concerne les recours en matière de taxes sur les successions et donations (15 au lieu de 8). Il n'est pas aisé de déceler les causes de cette forte augmentation. Il faut toutefois relever qu'un grand nombre d'affaires fiscales avait trait à des questions de principe et que de nombreux cas comportaient des valeurs litigieuses nettement au-dessus de la moyenne. L'Intendance cantonale des impôts a formé six recours de droit administratif et obtint gain de cause dans la plupart de ces affaires. Les procès directs relatifs aux frais d'équipement ont légèrement diminué (19 contre 23 l'année précédente). Il en va de même des litiges ayant trait aux rapports de service de droit public (8 au lieu de 10). Les litiges figurant sous chiffre 3.1 de la statistique requièrent toutefois régulièrement une longue instruction; s'agissant des procès en matière de frais de viabilisation qui peuvent être intentés par une action de la collectivité, la partie défenderesse comprend souvent six propriétaires fonciers ou plus dont les oppositions et les griefs ne se recouvrent nullement en règle générale. Les nouveaux cas figurant sous chiffre 3.2 de la statistique (recours contre des décisions administratives de dernière instance) ont – en chiffre absolu – diminué dans une mesure importante. Cette situation a été engendrée en premier lieu par une forte réduction des recours relatifs à l'application de la nouvelle loi sur l'hôtellerie et la restauration (9 au lieu de 23 l'année précédente).

Les recours en matière de droit des constructions ont presque atteint le niveau de l'année précédente (35 au lieu de 39). Ils avaient toutefois trait pour la plupart à des litiges complexes en matière de droit cantonal et fédéral sur l'aménagement du territoire, dont certains ont fait l'objet d'une grande publicité. Cinq recours concernaient des permis relatifs à des constructions à proximité de la forêt. L'application de la loi sur les bourses par la Commission cantonale des recours en matière de bourses donna également lieu à cinq recours. Le nombre des nouvelles affaires selon le chiffre 3.3 de la statistique (recours contre des décisions préfectorales) n'a guère changé (24 contre 26 l'année précédente). Au premier plan figuraient à nouveau les procès contre les taxes de tout genre et contre les décisions de rétablissement de l'état conforme à la loi, en matière de droit des constructions. Si le nombre des recours contre les décisions de la Commission cantonale des améliorations foncières est resté modeste (3 contre 1), ils ont donné lieu comme d'habitude à une longue instruction. Par contre, le nombre des litiges en matière d'expropriation a diminué (ch. 3.5; 6 au lieu de 10). A cet égard, les procès ont principalement porté, pour la première fois depuis longtemps, sur des questions relatives à l'expropriation formelle, ce qui est manifestement dû à la jurisprudence stricte du Tribunal fédéral relative à l'expropriation matérielle – une tendance qui s'était déjà annoncée l'année précédente. En résumé, il convient de cons-

eingänge auf einem sehr hohen Stand zu stabilisieren scheinen, mit traditionellen Schwergewichten bei den Beschwerden gegen Verwaltungsentscheide – vorab aus dem Gebiet des Baurechts –, bei den Direktprozessen gemäss Ziffer 3.1 der Statistik und bei den Rechtsmitteln gegen Entscheide der Regierungsstatthalter, während die Tätigkeit der Spezialrekurskommissionen verhältnismässig selten Anlass zu verwaltungsgerichtlichen Verfahren gab – mit Ausnahme der Kantonalen Rekurskommission (steuerrechtliche Streitigkeiten).

2.2 Trotz der erstmals die Zahl von 200 überschreitenden Neueingänge konnte das Verwaltungsgericht im Berichtsjahr annähernd gleich viele Fälle (208) erledigen wie im Vorjahr 1983 (211) und damit die Zahl der unerledigt auf das neue Jahr übertragenen Geschäfte nochmals reduzieren (87 statt 93). 60 der Ende 1984 noch nicht beurteilten Fälle wurden in der zweiten Jahreshälfte anhängig gemacht. Die französischsprachige II. Kammer erledigte im Berichtsjahr 12 Geschäfte aus dem Berner Jura (im Vorjahr 8). 69 Prozesse konnten von den vollamtlichen Richtern als Einzelrichter erledigt werden, davon 53 ohne Urteil (Kolonne 8 der Statistik), zumeist im Anschluss an eine Instruktionsverhandlung. In 16 Fällen urteilten die vollamtlichen Richter als Einzelrichter. In 60 Prozent der von der I. Kammer beurteilten Geschäfte waren die drei vollamtlichen Richter als Referenten bzw. Instruktionsrichter tätig. Wie üblich wurden den nebenamtlichen Richtern vorzugsweise Beschwerden zum schriftlichen Referat zugeteilt, und zwar in Geschäften, die in der Regel einen Entscheid aufgrund der Akten erlaubten und Rechtsfragen betrafen.

2.3 Im Jahre 1984 fanden eine Plenarsitzung und 24 Kammer-sitzungen statt. Die vollamtlichen Richter führten überdies 32 Augenscheins- und Instruktionsverhandlungen durch, an welchen teilweise auch nebenamtliche Richter mitzuwirken hatten. Die Beanspruchung der letzteren mit Sitzungsterminen hielt sich ungefähr auf dem Stand des Vorjahres. Die Kammer-sitzungen waren jedoch ausnahmslos stark belastet (durchschnittlich 5 Geschäfte pro Sitzung) und erforderten insbesondere auch von den nebenamtlichen Richtern eine intensive Vorbereitung. Diese – wie auch die selbständige Bearbeitung von Geschäften im Rahmen von umfassenden schriftlichen Referaten – wird mit den gegenwärtig gültigen Entschädigungsansätzen offensichtlich nicht genügend abgegolten (vgl. Ziff. 1.3 des vorliegenden Geschäftsberichts). – Auch im Berichtsjahr 1984 leitete der Präsident des Verwaltungsgerichts in sämtlichen neueingegangenen deutschsprachigen Geschäften den Schriftenwechsel und traf wenn nötig die weiteren prozessleitenden Verfügungen bis zur Zuteilung. Ferner präsi-dierte er die zahlreichen internen Sitzungen unter den vollamtlichen Richtern zu organisatorischen und administrativen Geschäften, wozu auch die möglichst gleichmässige Verteilung der hängigen Fälle unter die voll- und nebenamtlichen Richter gehörte. – Wie üblich ist an dieser Stelle sodann darauf hinzuweisen, dass das Verwaltungsgericht auch im Jahre 1984 zahlreiche Vernehmlassungen zu Erlassen erstattete, und Rechts- und Praxisauskünfte an zahlreiche kommunale und kantonale Amtsstellen wie auch an Anwälte und Private zu erteilen hatte. Diese in der Statistik nicht in Erscheinung tretenden Verrichtungen – es handelt sich um traditionelle Dienstleistungen der obersten kantonalen Verwaltungsjustizbehörde – erforderten wiederum einen erheblichen Zeitaufwand namentlich seitens der vollamtlichen Richter und insbesondere des Präsidenten, aber auch der Urteilsredaktoren, denen überdies die Verantwortung über die immer wichtiger werdende Dokumentation (interne Urteilsbibliothek, Verarbeitung anderer juristischer Daten) obliegt. Die mit anderen Gerichten aller Stufen, Verwal-

tater que les nouvelles affaires semblent se stabiliser à un nombre très élevé, avec les points forts que constituent traditionnellement les recours contre les décisions administratives – principalement dans le domaine du droit en matière de construction –, les procès directs selon chiffre 3.1 de la statistique et les recours contre les décisions préfectorales, alors que l'activité des commissions de recours spécialisées ne donne proportionnellement lieu qu'à de rares recours de droit administratif – exception faite de la Commission cantonale des recours en matière d'impôt.

2.2 En dépit du fait que le nombre des nouveaux cas a pour la première fois dépassé 200, le Tribunal administratif a pu liquider en 1984 presque autant d'affaires (208) qu'en 1983 (211) et ainsi réduire encore le nombre des procédures non liquidées à reporter sur l'année suivante (87 au lieu de 93). 60 des cas non encore jugés à fin 1984 ont été introduits au cours du dernier semestre. La II^e chambre de langue française a liquidé 12 affaires du Jura bernois (8 l'année précédente). 69 procès, dont 53 sans jugement, ont pu être liquidés par les juges permanents en qualité de juge unique (colonne 8 de la statistique) et ce en général à l'issue d'une séance d'instruction. 16 cas ont été jugés par les juges permanents en qualité de juge unique. Dans le 60 pour cent des affaires jugées par la I^{re} chambre, les trois juges permanents ont fonctionné comme rapporteurs et juges instructeurs. Comme d'habitude, on a attribué de préférence aux juges non permanents, pour rapport écrit, des affaires permettant en général de rendre un jugement uniquement sur la base du dossier et concernant des questions de droit.

2.3 En 1984, le Tribunal administratif a tenu une séance plénière et 24 séances de chambres. Les juges permanents ont en outre pris part à 32 inspections locales et séances d'instruction, à certaines desquelles participèrent également des juges non permanents. Les séances les ont accaparés à peu près autant que l'année précédente et ont toutes été exceptionnellement chargées (5 cas en moyenne par séance); elles ont impliqué aussi une préparation intensive des juges non permanents. Cette préparation – ainsi que le travail indépendant que requiert l'élaboration de rapports écrits circonstanciés – n'est actuellement pas suffisamment rétribuée par les indemnités actuellement versées (cf. ch. 1.3 du présent rapport). – En 1984, le président du Tribunal administratif a également dirigé la procédure d'échange d'écritures dans toutes les nouvelles affaires de langue allemande et a rendu si nécessaire d'autres décisions incidentes jusqu'à ce que le cas puisse être attribué à l'un des juges. Il a présidé en outre les nombreuses séances internes entre les juges permanents pour traiter des problèmes d'organisation et d'administration. Il s'est agi également, au cours de ces séances, de distribuer, aussi équitablement que possible, les cas pendants entre les juges permanents et non permanents. – Il importe encore de souligner que le Tribunal administratif a, comme d'habitude, établi en 1984 de nombreux préavis sur les projets d'actes législatifs. Il a également fourni une foule de renseignements en matière juridique aux offices communaux ou cantonaux ainsi qu'à des avocats ou autres personnes privées. Cette activité, qui n'apparaît pas dans la statistique – il s'agit de prestations de service traditionnelles de la dernière autorité cantonale de justice administrative –, prend toutefois beaucoup de temps aux juges permanents, notamment au président, mais aussi aux rédacteurs des jugements, à qui incombe en outre la responsabilité d'une documentation toujours plus volumineuse (cartothèque interne des jugements, exploitation d'autres données juridiques). La correspondance échangée en cours d'exercice avec d'autres tribunaux, des autorités admi-

tungsbehörden, Gemeinden, Anwälten und Privaten gewechselte Korrespondenz füllte im Berichtsjahr einen ganzen Bundesordner.

2.4 Die «Bernische Verwaltungsrechtsprechung» (BVR) und die «Neue Steuerpraxis» (NStP) enthalten die grundsätzlichen Urteile des Verwaltungsgerichts aus dem Berichtsjahr, soweit sie nicht Gegenstand eines Rechtsmittelverfahrens vor dem Bundesgericht bilden. Die «Neue Steuerpraxis» wird von der Kantonalen Steuerverwaltung herausgegeben, die sich bemüht, möglichst vollständig und aktuell über die Praxis der bernischen Steuerjustizbehörden zu berichten. Deshalb finden sich in der «Bernischen Verwaltungsrechtsprechung» verhältnismässig wenig Urteile des Verwaltungsgerichts zum Steuerrecht. Von den in der BVR veröffentlichten Urteilen des Verwaltungsgerichts aus dem Berichtsjahr sind besonders zu erwähnen: Das Urteil vom 19. März 1984 betreffend die im Kanton Bern geltende Regelung der Zulassung zum Arztberuf (S. 183ff.), das Urteil vom 20. Februar 1984 über Grundsätze für die Bemessung der Entschädigung bei Teilenteignung (S. 262ff.), das Urteil vom 18. Juni 1984 zur raumplanungsrechtlichen Würdigung der Zweckänderung von Bauten in der Landwirtschaftszone (sog. Binzberg-Urteil, S. 300ff.), das Urteil vom 28. Mai 1984 betreffend Grundsätze über die Zulassung von neuen Filmvorführungsbetrieben (S. 375ff.) sowie die Urteile vom 27. Juni 1984 zur Erhebung von Kurtaxen (S. 401ff.) und vom 17. September 1984 über die Voraussetzungen des Bezugs von Handänderungsabgaben auf Zugehör (S. 441ff.). Der Jahrgang 1984 der «Bernischen Verwaltungsrechtsprechung» enthält ferner einige wichtige Urteile des Schweizerischen Bundesgerichts, die in Bestätigung von Entscheidungen des Verwaltungsgerichts ergangen sind. Zu erwähnen sind namentlich die Urteile vom 21. September 1983 betreffend die Modalitäten der Überbauung von Freiflächen (S. 84ff.), vom 7. April 1983 zur Würdigung der Trinkwasserqualität im Rahmen eines Gebührenstreits (S. 219ff.), vom 13. Juni 1984 betreffend materielle Enteignung (Zusammenfassung der aktuellen Rechtsprechung, S. 409ff.) und das Urteil vom 23. Mai 1984 betreffend den im Geschäftsbericht 1983 erwähnten wichtigen ARA-Subventionsfall (S. 423ff.).

2.5 Im Berichtsjahr 1984 fällte das Schweizerische Bundesgericht 25 Urteile über Rechtsmittel, die gegen Entscheidungen des Verwaltungsgerichts eingereicht worden waren. 13 Beschwerden wies es ab, auf 9 Rechtsmittel trat es nicht ein und 2 Geschäfte erledigte es ohne Urteil (Gegenstandslosigkeit bzw. Rückzug der Beschwerde). Eine Beschwerde hiess das Bundesgericht mit Urteil vom 31. Oktober 1984 gut. Es handelt sich um einen komplexen Enteignungsfall aus der Gemeinde Lyss. Diese war vom Verwaltungsgericht verurteilt worden, im Zusammenhang mit der formellen Teilenteignung für einen Strassenbau im Industriegebiet «Grien», die betroffenen, einer Freifläche zugewiesenen Parzellen eines Privaten zu Eigentum zu übernehmen. Diese Verpflichtung blieb vor Bundesgericht zwar unbestritten. Mit Bezug auf die vom Verwaltungsgericht zugesprochene Enteignungsentschädigung hielt das Bundesgericht jedoch dafür, der rechtserhebliche Sachverhalt bedürfe zusätzlicher Abklärungen und wies die Sache deshalb in Gutheissung der Verwaltungsgerichtsbeschwerde der Einwohnergemeinde Lyss zur Neuurteilung ans Verwaltungsgericht zurück. – Am 1. Januar 1985 waren noch 20 Geschäfte beim Schweizerischen Bundesgericht hängig.

3. Versicherungsgericht

3.1 Die Zahl der 1984 eingereichten Beschwerden (1460 Fälle) hat nochmals zugenommen (1202 Fälle im Jahre 1982, 1273

nistratives, des communes, des avocats et privés, a rempli un classeur fédéral.

2.4 La «Jurisprudence administrative bernoise» (JAB) et la «Neue Steuerpraxis» (NstP) contiennent les arrêts de principe rendus par le Tribunal administratif en cours d'exercice, dans la mesure où ils n'ont pas été déférés au Tribunal fédéral. La «Neue Steuerpraxis» est publiée par l'Intendance cantonale des impôts, qui s'efforce de présenter, le mieux possible, la pratique actuelle des autorités de justice fiscale bernoise. C'est la raison pour laquelle il y a proportionnellement moins d'arrêts du Tribunal administratif en matière fiscale publiés dans la JAB. Parmi les arrêts du Tribunal administratif publiés dans la JAB, il y a lieu de mentionner particulièrement l'arrêt du 19 mars 1984 concernant la réglementation du canton de Berne régissant l'admissibilité de l'exercice de la profession de médecin (p. 183ss), l'arrêt du 20 février 1984 sur les principes régissant la détermination de l'indemnité en cas d'expropriation partielle (p. 262ss), l'arrêt du 18 juin 1984 relatif à l'appréciation, sous l'angle du droit en matière d'aménagement du territoire, du changement d'affectation de constructions dans la zone agricole (l'arrêt Binzberg, p. 300ss), l'arrêt du 28 mai 1984 relatif aux principes régissant l'admissibilité de nouvelles salles de projection de films (p. 375ss) ainsi que les arrêts du 27 juin 1984 sur la perception de taxes de séjour (p. 401ss) et du 17 septembre 1984 sur les conditions de perception de droits de mutation sur la valeur des accessoires (p. 441ss). L'édition 1984 de la JAB contient en outre quelques arrêts importants du Tribunal fédéral confirmant des jugements du Tribunal administratif. On citera notamment les arrêts du 21 septembre 1983 relatif aux modalités à suivre pour construire sur un espace d'utilité publique (p. 84ss), du 7 avril 1983 relatif à l'appréciation de la qualité de l'eau dans un litige ayant trait à une taxe (p. 219ss), du 13 juin 1984 concernant l'expropriation matérielle (récapitulation de la jurisprudence en vigueur, p. 409ss) et l'arrêt du 23 mai 1984 relatif au litige en matière de subventions aux STEP mentionné dans le rapport de gestion de 1983 (p. 423ss).

2.5 En cours d'exercice, le Tribunal fédéral a statué sur 25 recours formés contre des jugements du Tribunal administratif. Il a rejeté 13 recours, en a déclaré 9 irrecevables et liquidé 2 affaires sans jugement (une affaire devenue sans objet et un retrait de recours). Le Tribunal fédéral a admis un recours par jugement du 31 octobre 1984: il s'agit d'un cas complexe en matière d'expropriation dans la commune de Lyss. Cette dernière avait été condamnée par le Tribunal administratif, en raison d'une expropriation formelle partielle pour la construction d'une route dans la zone industrielle «Grien», à reprendre en propriété les parcelles d'un particulier qui étaient attribuées à une surface d'utilité publique. Cette obligation n'était certes pas contestée devant le Tribunal fédéral. Ce dernier estima cependant, en se référant à l'indemnité d'expropriation retenue par le Tribunal administratif, que l'état de fait n'avait pas été suffisamment élucidé. Il admit dès lors le recours de la commune municipale de Lyss et renvoya la cause au Tribunal administratif pour complément d'instruction et nouveau jugement. – Le 1^{er} janvier 1985, 20 procès étaient encore pendants au Tribunal fédéral.

3. Tribunal des assurances

3.1 Le nombre des recours introduits en 1984 (1460 cas) a encore augmenté (1202 cas en 1982, 1273 cas en 1983). Cette

Fälle im Jahre 1983). Die Mehreingänge beschlagen insbesondere Streitfälle betreffend die Arbeitslosenversicherung (1984: 745; 1983: 589; 1982: 383). Die Zahl der Streitigkeiten in den Gebieten der Alters- und Hinterbliebenenversicherung, der Invalidentversicherung, der Krankenversicherung und der Militärversicherung ist ebenfalls angestiegen; keine Zunahme ist bei den unfallversicherungsrechtlichen Beschwerdefällen zu verzeichnen.

Werden die von 1983 auf 1984 übertragenen Fälle (523) mitberücksichtigt, dann war das Versicherungsgericht 1984 mit insgesamt 1983 Fällen befasst (1983: 1757), wovon 1417 abgeschlossen werden konnten. Es mussten aber mehr Fälle auf 1985 (566) übertragen werden als von 1983 auf 1984 (523). Von den insgesamt 1417 Fällen wurden allein 1054 (1983: 971) von den Kammerpräsidenten als Einzelrichter erledigt.

Den oben erwähnten Zahlen ist zu entnehmen, dass die Zahl der am Versicherungsgericht hängigen Streitfälle seit einigen Jahren beständig ansteigt. Sie betrug 1981 – mit vier vollamtlich tätigen Richtern – bereits 1682, erhöhte sich 1983 auf 1757, um schliesslich 1984 auf 1983 anzusteigen. Diese Zunahme betrifft vor allem die deutschsprachigen Geschäfte, welche von den drei vollamtlichen deutschsprachigen Richtern ausnahmslos instruiert und zu mehr als 70 Prozent auch als Einzelrichter abgeschlossen wurden. So waren 1982 bereits 1499 deutschsprachige Geschäfte am Versicherungsgericht hängig, 1983 sodann 1558 und 1984 schliesslich 1717. Im Jahre 1984 war die Überbelastung dieser drei Richter derart, dass sie sich darauf beschränken mussten, die Fälle vorab zu erledigen. Sie mussten es sich versagen, jenen zahlreichen heiklen Fällen vertieft nachzugehen, welche zu Grundsatzentscheiden für die mit der Rechtsanwendung in den verschiedenen sozialversicherungsrechtlichen Bereichen betrauten Personen hätten führen können.

Diese Sachlage hat den Präsidenten des Versicherungsgerichts gezwungen, sich Anfang Januar 1985 an die Justizdirektion zu wenden und sie nachdrücklich zu ersuchen, alle erforderlichen Schritte zu unternehmen zur Schaffung einer weiteren vollamtlichen Richterstelle am Versicherungsgericht durch den Grosse Rat und zur Wahl eines neuen Richters, was ohne Änderung des Artikels 2 Absatz 1 Buchstabe b des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege möglich wäre.

Festzuhalten ist sodann, dass etwas weniger als 20 Prozent der Beschwerden vom Versicherungsgericht gutgeheissen wurden, wogegen etwas mehr als 80 Prozent aller Beschwerden durch Abweisung, Nichteintreten oder Abschreibung zufolge Gegenstandslosigkeit oder Beschwerderückzug erledigt werden konnten.

Im Verlaufe des Jahres 1984 erledigte das Versicherungsgericht 513 nichtstreitige Geschäfte (1983: 478).

3.2 Bei den Neueingängen der französischsprachigen Geschäfte ist ein Zuwachs von 29 Fällen zu verzeichnen. Diese Neueingänge machen etwas weniger als 13 Prozent aller im Geschäftsjahr anhängig gemachten Fälle aus. Die Zahl der erledigten Fälle erreicht etwas mehr als 11 Prozent aller vom Versicherungsgericht erledigten Fälle. Was die Anwendung des Artikels 17a der Staatsverfassung anbelangt, ist festzustellen, dass 30 Beschwerden (1983: 25) von im alten Kantonsteil wohnhaften Personen der französischsprachigen Kammer zugewiesen wurden. Demgegenüber wurden sechs Beschwerden im Berner Jura wohnender Bürger einer deutschsprachigen Kammer zugewiesen.

3.3 Die Anzahl der 1984 durchgeführten Sitzungen ist auf 84 gesunken (1983: 122). Dieser Umstand ist darauf zurückzuführen

augmentation concerne essentiellement les litiges relatifs à l'assurance-chômage (1984: 745; 1983: 589; 1982: 383). Les litiges ayant trait à l'AVS, à l'AI, à l'assurance-maladie et à l'assurance militaire sont également en augmentation, sauf ceux concernant l'assurance-accidents.

Si l'on tient compte des affaires de 1983 reportées en 1984 (523), ce sont 1983 affaires qui ont été pendantes devant le Tribunal des assurances (1983: 1757), dont 1417 ont été liquidées. Les affaires reportées en 1985 (566) sont plus nombreuses que celles qui ont fait l'objet d'un report en 1984 (523). Les présidents de chambre ont à eux seuls liquidé 1054 affaires (1983: 971) en qualité de juges uniques, sur un total de 1417 affaires liquidées.

Il résulte des chiffres indiqués ci-dessus que les affaires pendantes devant le Tribunal des assurances augmentent constamment depuis quelques années. Depuis 1981, où elles atteignaient le chiffre de 1682, avec quatre juges permanents en fonction, elles ont passé à 1757 en 1983 pour arriver à 1983 en 1984, soit une augmentation de 301 affaires en trois ans. Elle concerne surtout les affaires allemandes, qui sont toutes instruites et liquidées, à concurrence de plus de 70 pour cent, par trois juges permanents alémaniques. En 1982, les affaires allemandes pendantes devant le Tribunal des assurances se montaient à 1499, en 1983 à 1558 et en 1984 à 1717. En 1984, la surcharge était telle pour ces trois juges qu'ils ont dû se limiter à liquider des affaires sans pouvoir vouer l'attention nécessaire à l'étude de nombreuses affaires délicates qui doivent faire jurisprudence pour les personnes chargées de l'application du droit dans les diverses branches des assurances sociales.

Cette situation a contraint le président du Tribunal des assurances de s'adresser au début janvier 1985 à la Direction de la justice pour la solliciter d'entreprendre toutes les démarches utiles pour la création, par le Grand Conseil, d'un nouveau poste de juge permanent au Tribunal des assurances et l'élection d'un nouveau juge, ce qui serait possible sans modifier l'article 2, 1^{er} alinéa lettre b de la loi sur la justice administrative.

On relèvera au surplus que la proportion des recours admis par le Tribunal des assurances est d'un peu moins de 20 pour cent de sorte qu'un peu plus de 80 pour cent des recours ont été rejetés, déclarés irrecevables, devenus sans objet ou retirés.

En 1984, le Tribunal des assurances a liquidé 513 affaires non contentieuses (1983: 478).

3.2 Le volume des affaires de langue française introduites en 1984 a augmenté de 29 cas. Il représente un peu moins de 13 pour cent de la totalité des affaires introduites devant le Tribunal des assurances. Les affaires liquidées atteignent un peu plus de 11 pour cent du total des affaires liquidées par le Tribunal des assurances. Pour ce qui est de l'application de l'article 17a de la Constitution bernoise, 30 recours (1983: 25) formés par des personnes domiciliées dans l'ancien canton ont été attribués à une chambre de langue française, alors que six recours de personnes domiciliées dans le Jura bernois ont été attribués à des chambres de langue allemande.

3.3 En 1984, le nombre des séances a diminué. Il a atteint 84 (1983: 122). Cet état de choses est essentiellement dû au fait

ren, dass die Kammerpräsidenten 1984 mehr Fälle als Einzelrichter erledigten als 1983.

3.4 Im Berichtsjahr 1984 wurden dem Eidgenössischen Versicherungsgericht 100 (90 im Vorjahr) Verwaltungsgerichtsbeschwerden gegen Entscheide des Versicherungsgerichts unterbreitet. In etwas über 7 Prozent aller ausgefallten Entscheide erfolgte somit ein solcher Weiterzug.

Ende 1984 waren noch 69 Verwaltungsgerichtsbeschwerden am Eidgenössischen Versicherungsgericht hängig. Es entschied im Verlaufe des Jahres 1984 insgesamt 97 Verwaltungsgerichtsbeschwerden gegen Urteile des Versicherungsgerichts. Das Eidgenössische Versicherungsgericht hiess 30 Versicherungsgerichtsbeschwerden gut (worunter in 10 Fällen im Sinne einer Rückweisung der Akten an die Verwaltung zur näheren Abklärung); 67 Verwaltungsgerichtsbeschwerden wurden entweder abgewiesen, durch Nichteintreten erledigt oder als gegenstandslos geworden abgeschrieben.

3.5 Gesetzesrevisionen

Im Jahre 1984 kam es bei den in die Spruchkompetenz des Versicherungsgerichts fallenden Sozialversicherungen zu den folgenden wesentlichen Neuerungen und Änderungen:

Auf den 1. Januar 1984 sind das Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung (AVIG) und das Bundesgesetz über die Unfallversicherung (UVG) in Kraft getreten. Das AVIG, mit Ausnahme der schon seit dem 1. Januar 1983 in Kraft stehenden Bestimmungen über die Insolvenzenschädigung, hat gegenüber dem Bundesgesetz über die Arbeitslosenversicherung (AIVG) und dem Bundesbeschluss vom 8. Oktober 1976 über die Einführung der obligatorischen Arbeitslosenversicherung, die es aufhob, eine Anzahl Änderungen gebracht. Von den wichtigen Änderungen seien erwähnt die genauere Umschreibung der Vermittlungsfähigkeit invalider Arbeitsloser, die neue Regelung der Kurzarbeit und der Massnahmen zur Umschulung, Weiterbildung und Eingliederung, sowie schliesslich auch die obligatorische Schaffung einer öffentlichen Arbeitslosenkasse für jeden Kanton.

Das UVG unterstellt der obligatorischen Unfallversicherung neu alle in der Schweiz beschäftigten Arbeitnehmer, also nicht nur jene, welche schon zuvor bei der Schweizerischen Unfallversicherungsanstalt (SUVA) versichert waren. Gemäss dem UVG müssen alle Arbeitnehmer, welche entweder überhaupt nicht versichert waren oder bei der SUVA nicht versichert werden können, bei einer privaten Versicherungsunternehmung, einer öffentlichen Unfallversicherungskasse oder einer anerkannten Krankenkasse versichert werden. Die obligatorische Unfallversicherung erbringt unter der Herrschaft des UVG dieselben Leistungen wie zur Zeit der Geltung des KUVG, allerdings mit der Ausnahme, dass vom UVG als neue Leistungsart auch eine Integritätsentschädigung vorgesehen wird, welche in der Militärversicherung schon seit Jahren bekannt ist.

Auf den 1. Januar 1984 wurden sodann die Beiträge an die Arbeitslosenversicherung von 0,3 Prozent auf 0,6 Prozent des massgebenden AHV-pflichtigen Lohnes gehoben.

Schliesslich sind auf den 1. Januar 1984 auch verschiedene Änderungen der AHVV und der IVV in Kraft getreten (vgl. ZAK 1983, S. 363f. und S. 419f.). Zugleich wurden die Renten der AHV und IV erhöht. Ebenfalls erhöht wurden die Einkommensgrenzen für den Bezug von Ergänzungsleistungen (vgl. ZAK 1983, S. 463f.) und die Ansätze der Erwerbsersatzentschädigung (vgl. ZAK 1983, S. 355f.).

que les présidents de chambre ont liquidé comme juges uniques un nombre d'affaires plus élevé en 1984 qu'en 1983.

3.4 En 1984, le Tribunal fédéral a été saisi de 100 (90 en 1983) recours de droit administratif formés contre des jugements du Tribunal des assurances, soit un peu plus de 7 pour cent de la totalité des procédures liquidées en 1984 par le Tribunal des assurances.

A fin 1984, 69 recours étaient encore pendants devant le Tribunal fédéral. En 1984, ce Tribunal a liquidé 97 recours contre des jugements du Tribunal des assurances, admettant 30 de ces recours (dont 10 avec renvoi du dossier à l'administration pour complément d'instruction) et en rejetant, en déclarant irrecevables ou sans objet: 67 recours.

3.5 Révision de la législation

En 1984, les principales innovations et modifications des assurances sociales soumises à la juridiction du Tribunal des assurances sont les suivantes:

Le 1^{er} janvier 1984 sont entrées en vigueur la LF sur l'assurance-chômage obligatoire et l'indemnité en cas d'insolvabilité (LACI) et la LF sur l'assurance-accidents (LAA). La LACI, outre l'indemnité en cas d'insolvabilité déjà en vigueur depuis le 1^{er} janvier 1983, a apporté plusieurs modifications à la LF sur l'assurance-chômage (LAC) et à l'AF du 8 octobre 1976 instituant l'assurance-chômage obligatoire (actes législatifs que la LACI a abrogés). Parmi les principales, on signalera une définition plus précise de l'aptitude des chômeurs invalides à être placés, une nouvelle réglementation de l'indemnité en cas de réduction de l'horaire de travail (chômage partiel) et des mesures tendant à la reconversion, au perfectionnement et à l'intégration professionnels, ainsi que la création obligatoire d'une caisse d'assurance-chômage publique pour tous les cantons.

La LAA soumet à l'assurance-accidents obligatoire tous les travailleurs (salarisés) occupés en Suisse et non seulement ceux qui étaient précédemment assurés obligatoirement à la Caisse nationale suisse d'assurance en cas d'accidents (CNA). Selon la LAA, les personnes qui ne sont pas assurées ou qui ne peuvent être assurées auprès de la CNA doivent l'être auprès d'institutions d'assurances privées, de caisses publiques d'assurance-accidents ou de caisses-maladie reconnues. Les prestations de l'assurance-accidents sont les mêmes sous le régime de la LAA que sous l'ancien régime de la LAMA, à l'exception près que la LAA introduit une nouvelle prestation sous forme de l'indemnité pour atteinte à l'intégrité, déjà connue depuis des années par l'assurance militaire.

Dès le 1^{er} janvier 1984, les cotisations de l'assurance-chômage ont augmenté, passant de 0,3 à 0,6 pour cent du salaire déterminant AVS.

C'est également le 1^{er} janvier 1984 que sont entrées en vigueur des modifications du RAVS et du RAI (voir RCC 1983, pp. 350ss et pp. 403ss), ainsi qu'une augmentation des rentes AVS et AI, une élévation des limites de revenu déterminant le droit aux prestations complémentaires (voir RCC 1983, pp. 447ss) et une augmentation des allocations pour perte de gain (voir RCC 1983, p. 366).

4. **Schiedsgericht KVG/UVG**

Am Schiedsgericht sind gegenwärtig 18 Fälle pendent, wovon 7 im Berichtsjahr anhängig gemacht wurden.

Bern, 15. Februar 1985

Im Namen des Verwaltungs- und Versicherungsgerichts

Der Präsident: *Bosshart*
Der Gerichtsschreiber: *Wicht*

4. **Tribunal arbitral LAMA/LAA**

Sont actuellement pendantes devant ce Tribunal 18 affaires, dont sept ont été introduites en 1984.

Berne, le 15 février 1985

Au nom du Tribunal administratif et des assurances

Le président: *Bosshart*
Le greffier: *Wicht*

Verwaltungsgericht
Steuer- und verwaltungsrechtliche Streitsachen 1984Tribunal administratif
Litiges de droit fiscal et administratif en 1984

	1 Vom Vor- jahr 1983 über- nommen Affaires pend- antes depuis 1983	2 1984 ein- gelangt Affaires intro- duites en 1984	3 Total	4 Zuge- sprochen De- mandes adju- gées	5 Abge- wiesen De- mandes écar- tées	6 Nicht ein- treten Non entrée en matière	7 Beurteilt Affaires jugées	8 Abstand Rückzug Gegen- standslos Vergleich Retrait sans objet, transaction, désistement	9 Total erledigt Total des affaires liquidées	10 Unerledigt auf 1985 über- tragen Affaires non encore vidées à la fin de l'année	
1. Kompetenzkonflikte		1	1		1		1		1		1. Conflits de compétence
2. Steuerrechtliche Streitigkeiten											2. Litiges de droit fiscal
2.1 Beschwerden gegen Ent- scheide der Rekurskommis- sion auf dem Gebiete der direkten Staats- und Gemeindesteuern											2.1 Pourvois contre des décisions de la Commis- sion de recours en matière d'impôts directs de l'Etat et des communes
2.1.1 Verwaltungsgericht	10	46	56	6	28		34		34	19	2.1.1 Tribunal administratif
2.1.2 Einzelrichter						1	1	2	3		2.1.2 Juge unique
2.2 Beschwerden in Erbschafts- und Schenkungssteuersachen											2.2 Pourvois en matière de taxe des successions et donations
2.2.1 Verwaltungsgericht	5	15	20	1	3		4		4	5	2.2.1 Tribunal administratif
2.2.2 Einzelrichter					1	1	2	9	11		2.2.2 Juge unique
2.3 Beschwerden betreffend Bestimmung des Veranla- gungsortes und Bemessung der Steueranteile der Gemeinden (Art. 106 und 204 StG)											2.3 Pourvois concernant la fixation du lieu de taxation et le calcul des parts d'impôts des communes (art. 106 et 204 LI)
2.3.1 Verwaltungsgericht		3	3		1		1		1		2.3.1 Tribunal administratif
2.3.2 Einzelrichter								2	2		2.3.2 Juge unique
2.4 Weiterziehungen von Ent- scheiden des Regierungs- statthalters betreffend beson- dere Gemeindesteuern											2.4 Recours contre des décisions du préfet con- cernant certains impôts communaux
2.4.1 Verwaltungsgericht		1	1		1		1		1		2.4.1 Tribunal administratif
2.4.2 Einzelrichter											2.4.2 Juge unique
2.5 Andere Streitigkeiten (Handänderungsabgabe, Motorfahrzeugsteuer usw.)											2.5 Autres litiges fiscaux (droits de mutation, taxe des véhicules à moteur, etc.)
2.5.1 Verwaltungsgericht		1	1	1			1		1		2.5.1 Tribunal administratif
2.5.2 Einzelrichter											2.5.2 Juge unique
3. Verwaltungsrechtliche Streitigkeiten											3. Litiges de droit administratif
3.1 Als einzige kantonale Urteilsinstanz											3.1 Comme instance cantonale unique
3.1.1 Verwaltungsgericht	28	32	60	9	6		15		15	16	3.1.1 Tribunal administratif
3.1.2 Einzelrichter				2		2	4	25	29		3.1.2 Juge unique
3.2 Beschwerden gegen Verwaltungsentscheide											3.2 Recours contre des décisions administratives
3.2.1 Verwaltungsgericht	24	63	87	14	34	2	50		50	24	3.2.1 Tribunal administratif
3.2.2 Einzelrichter					1	4	5	8	13		3.2.2 Juge unique
3.3 Weiterziehen von Entscheiden des Regierungsstatthalters											3.3 Recours contre des décisions préfectorales
3.3.1 Verwaltungsgericht	15	24	39	2	16	2	20		20	13	3.3.1 Tribunal administratif
3.3.2 Einzelrichter						2	2	4	6		3.3.2 Juge unique
3.4 Beschwerden gegen Entscheide der kantonalen Bodenverbesserungs- kommission											3.4 Recours contre des décisions de la Commis- sion cantonale des amélio- rations foncières
3.4.1 Verwaltungsgericht	2	3	5	1	1		2		2	3	3.4.1 Tribunal administratif
3.4.2 Einzelrichter											3.4.2 Juge unique
3.5 Beschwerden gegen Entscheide der Schatzungs- kommissionen in Enteig- nungssachen											3.5 Recours contre des décisions des Commis- sions d'estimation en matière d'expropriation
3.5.1 Verwaltungsgericht	9	6	15	5	3		8		8	5	3.5.1 Tribunal administratif
3.5.2 Einzelrichter				1			1	1	2		3.5.2 Juge unique
3.6 Weiterziehung von Verfügungen betreffend vorsorgliche Massnahmen											3.6 Recours contre des décisions concernant des mesures provisionnelles
3.6.1 Verwaltungsgericht											3.6.1 Tribunal administratif
3.6.2 Einzelrichter											3.6.2 Juge unique
Total	93	195	288	42	96	14	152	51	203	85	Total

Verwaltungsgericht
Steuer- und verwaltungsrechtliche Streitsachen 1984Tribunal administratif
Litiges de droit fiscal et administratif en 1984

	1 Vom Vorjahr 1983 über- nommen <i>Affaires pendantes depuis 1983</i>	2 1984 ein- gelangt <i>Affaires introduites en 1984</i>	3 Total <i>Total</i>	4 Zuge- sprochen <i>De- mandes adju- gées</i>	5 Abge- wiesen <i>De- mandes écar- tées</i>	6 Nicht ein- treten <i>Non entrée en matière</i>	7 Beurteilt <i>Affaires jugées</i>	8 Abstand Rückzug Gegen- standslos Vergleich <i>Retrait sans objet, transaction, désiste- ment</i>	9 Total erledigt <i>Total des affaires liquidées</i>	10 Unerledigt auf 1985 über- tragen <i>Affaires non encore vidées à la fin de l'année</i>	
Übertrag	93	195	288	42	96	14	152	51	203	85	A reporter
3.7 Weiterziehungen von Entscheiden der Jugendgerichte betreffend Vollzugskosten											3.7 Recours contre des décisions des Tribunaux de mineurs (frais d'exécution)
3.7.1 Verwaltungsgericht		1	1							1	3.7.1 Tribunal administratif
3.7.2 Einzelrichter											3.7.2 Juge unique
3.8 Prozessbeschwerden											3.8 Prises à partie
3.8.1 Verwaltungsgericht		6	6	1	1		2		2	1	3.8.1 Tribunal administratif
3.8.2 Einzelrichter						1	1	2	3		3.8.2 Juge unique
3.9 Gesuche um neues Recht											3.9 Requêtes en vue de bénéficier d'un nouveau droit
3.9.1 Verwaltungsgericht											3.9.1 Tribunal administratif
3.9.2 Einzelrichter											3.9.2 Juge unique
Total	93	202	295	43	97	15	155	53	208	87	Total

Versicherungsgericht
1. Sozialversicherungsrechtliche Streitsachen 1984Tribunal des assurances
1. Litiges découlant des assurances sociales en 1984

	1 Vom Vorjahr 1983 über- nommen <i>Affaires reprises de l'année 1983</i>	2 1984 ein- gelangt <i>Affaires introduites en 1984</i>	3 Total <i>Total</i>	4 Zuge- sprochen <i>Demands adjudgées</i>	5 Abgewiesen <i>Demands rejetées</i>	6 Nichtein- treten <i>Non entrée en matière</i>	7 Beurteilt <i>Affaires jugées</i>	8 Rückzug Gegen- standslos Vergleich <i>Retrait, sans objet, transaction, désistement</i>	9 Total erledigt <i>Total des affaires liquidées</i>	10 Unerledigt auf 1985 über- tragen <i>Affaires non encore vidées à la fin de l'année</i>			
AHV	VG ER	38	113	151	15 5	23 1	8	52	42	94	57	AVS	TA JU
IV	VG ER	190	379	569	44 41	84 91	28	288	124	412	157	AI	TA JU
FL	VG ER											AFA	TA JU
EO	VG ER		3	3			1	1	1	2	1	APG	TA JU
KFZ	VG ER	4	4	8	1		1	2	2	4	4	AF	TA JU
KV	VG ER	41	92	133	4 5	8 7	12	36	52	88	45	AMAL	TA JU
EL zu AHV/IV	VG ER	9	57	66	2	15 1	4	22	25	47	19	PC à L'AVS/AI	TA JU
SUVA	VG ER	46	41	87	1	26 2	4	33	14	47	40	CNA	TA JU
EMV	VG ER	10	14	24	1	2		4	1	5	19	AM	TA JU
AIV	VG ER	185	745	930	36 121	100 83	1 61	402	312	714	216	AC	TA JU
UV	VG ER		12	12			3	3	1	4	8	AA	TA JU
Total		523	1460	1983	276	443	124	843	574	1417	566	Total	

2. Nicht streitige Geschäfte 1984

Affaires non contentieuses en 1984

1 Vom Vorjahr 1983 über- nommen <i>Affaires reprises de l'année 1983</i>	2 1984 ein- gelangt <i>Affaires introduites en 1984</i>	3 Total erledigt <i>Total des affaires liquidées</i>	4 Unerledigt auf 1985 übertragen <i>Affaires non encore vidées à la fin de l'année</i>
	513		513